

NEWSLETTER 03-2024

In diesem Newsletter lest ihr:

- Start in die Sommerferien
- LEiS-NRW e.V. Stammtisch mit Lena Zingsheim-Zobel
- Die Landschaftsverbände LWL und LVR legen Mobilitätsfonds für Kulturförderung auf
- Gesetz zur Änderung des Konsumcannabisgesetzes und des Medizinal-Cannabisgesetzes – kurz „Cannabisgesetz“
- Alltagshelfer*innen auch für integrierte Schulen
- Gutachten zur steigenden Anzahl der Schüler*innen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung
- QUA-LiS NRW – „Rund um Schulmitwirkung“
- Zeugnistelefon

Start in die Sommerferien

Liebe Mitglieder der LEiS-NRW e.V.,
liebe Freunde und Partner,

es ist wieder soweit: Die Sommerferien stehen vor der Tür! Eine Zeit, auf die sich viele von uns



freuen – sei es für eine wohlverdiente Pause, spannende Reisen oder einfach, um die Seele baumeln zu lassen. In den letzten Wochen haben wir viel erreicht, sei es in den vielfältigen Gesprächseinladungen, Stellungnahmen oder im täglichen Einsatz für die Bildung. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem wir den Alltag ein wenig hinter uns lassen und neue Energie tanken können. Die Sommerferien sind die perfekte Gelegenheit, um neue Kraft zu schöpfen, frische Ideen zu sammeln und sich inspirieren zu lassen. Ob ihr die Tage am Meer, in den Bergen oder im heimischen Garten verbringt – genießt die Zeit und lasst euch vom Sommer verzaubern. Nach den Ferien starten wir mit neuem Elan und frischer

Motivation in das neue Schuljahr. Wir freuen uns darauf, mit euch gemeinsam weiter an spannenden Projekten zu arbeiten und die LEiS-NRW e.V. noch stärker zu machen. In diesem Sinne wünschen wir euch allen erholsame, sonnige und inspirierende Sommerferien!

Herzliche Grüße
Team Vorstand

Harald A. Amelang

LEiS-NRW e.V. Stammtisch: Meet and Greet Politik

Am 19.06.2024 fand unser Stammtisch mit Lena Zingsheim-Zobel, Sprecherin für Schule und Bildung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW, statt. Lena Zingsheim-Zobel hat sich die Zeit genommen, um sich vorzustellen und über zentrale Bildungsthemen in Nordrhein-Westfalen zu sprechen. Im Fokus standen der kostenfreie Schüler-ÖPNV, die Fortschritte und Herausforderungen des Digitalpakts Schule, die Förderung integrierter Schulen sowie die Zukunft des Schulversuchs Primus (<https://www.schulministerium.nrw/primus-schulversuch-zum-laengeren-gemeinsamen-lernen>). Der kostenfreie Schüler-ÖPNV ist ein zentrales Anliegen, das nicht nur für die LEiS-NRW e.V. von Bedeutung ist. Obwohl einige Städte bereits kostenfreie oder ermäßigte Tickets für Schüler anbieten, fehlt eine einheitliche, landesweite Regelung. Ein großes Hindernis stellt die Koordination zwischen den verschiedenen Verkehrsverbänden dar, was eine einheitliche Lösung erschwert. Lena Zingsheim-Zobel betonte, dass eine flächendeckende Einführung entscheidend für Chancengleichheit und



Umweltschutz ist. Ziel ist es, den Zugang zur Bildung zu erleichtern und den Autoverkehr zu reduzieren. Zudem wird geprüft, ob auch Schüler*innen, die näher an den Schulen wohnen, von vergünstigten Tickets profitieren können. Der Digitalpakt Schule, eine bundesweite Initiative, fördert die Digitalisierung der Schulen

in NRW. Die Landesregierung arbeitet an einheitlichen Standards für Schüler*innen-Endgeräte, um gleiche Bedingungen für alle Schüler*innen zu schaffen. Pilotprojekte laufen bereits, und Bündnis 90/Die Grünen fordern eine beschleunigte Umsetzung, um digitale Ungleichheiten zu verringern. Gleichzeitig wartet NRW auf die Entscheidungen im Bund zum Digitalpakt 2.0, der weitere Investitionen und Verbesserungen in der digitalen Bildung ermöglichen soll. Lena Zingsheim-Zobel betonte, dass eine schnelle Umsetzung essenziell ist, um alle Schüler*innen auf die digitalen Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Vor, während und nach der Sommerpause sind Projekte zur Förderung integrierter Schulen geplant.

Ein besonderer Fokus liegt auf dem kürzlich veröffentlichten Gutachten zu AOSF (<https://www.schulministerium.nrw/ausbildungsordnung-sonderpaedagogische-foerderung-ao-sf>), das auch wir von der LEiS NRW e.V. aufmerksam gelesen haben. Lena Zingsheim-Zobel setzt sich für innovative pädagogische Konzepte ein, die den individuellen Förderbedarf der Schüler*innen berücksichtigen und betont, dass jede Schülerin und jeder Schüler eine individuelle Förderung benötigt. Diese Projekte sollen dazu beitragen, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Fähigkeiten bestmöglich gefördert werden. Der Schulversuch Primus zeigt positive Entwicklungen in sozialer Integration und individueller Förderung. Lena Zingsheim-Zobel unterstützt eine Ausweitung dieses Konzepts und plädiert für eine rasche Evaluierung, um die Erfahrungen zu teilen und notwendige Anpassungen zu diskutieren. Diese und andere Themen prägen die bildungspolitische Diskussion in NRW und sind entscheidend für die Zukunft des Bildungssystems im Land. Wir bedanken uns herzlich bei Lena Zingsheim-Zobel für ihre wertvollen Einblicke und Ergänzungen zu den aktuellen bildungspolitischen Themen in Nordrhein-Westfalen.

Mobilitätsfonds der Landschaftsverbände

Die Mobilitätsfonds der Landschaftsverbände LWL und LVR erstatten Kita- und Schulgruppen die Fahrtkosten (öffentliche Verkehrsmittel oder Busanmietung) für Ausflüge zu ihren Museen und zu ausgewählten Gedenkstätten und Erinnerungsorten. Damit soll der Zugang zu Kunst und Kultur für alle Kinder und Jugendlichen erleichtert werden. Der Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Museen der Landschaftsverbände ist oftmals frei. Es lohnt sich also! Ab dem kommenden Schuljahr werden voraussichtlich auch Fahrten förderfähig sein, welche in das Gebiet des anderen Landschaftsverbandes gehen (also LWL-Gebiet in LVR-Museen und umgekehrt). Die Antragstellung muss vor Fahrtantritt erfolgen.

Weitere Infos findet Ihr hier:

LWL-Gebiet:

<https://www.lwl-kultur.de/de/mobilitatsfonds/>

LVR-Gebiet:

https://www.lvr.de/de/nav_main/kultur/museen/mobilitaetsfonds/lp_mobifonds.jsp

Cannabisgesetz (CanG)

Volljährige Schüler*innen dürfen jetzt begrenzte Mengen Cannabis mit in die Schulen bringen, lediglich der Konsum ist nicht erlaubt. Die Tatsache, dass das mindestens in diesem Punkt missglückte Bundesgesetz den Schulen keine Möglichkeit eröffnet, klare Verbote für den Besitz von Cannabis auszusprechen, ist vollkommen unverständlich. Diese Lücke in den rechtlichen Rahmenbedingungen stellt eine ernsthafte Schwachstelle in unserem Bildungssystem dar und behindert die Schulen in ihrem wichtigen Auftrag, unsere Kinder und Jugendlichen zu schützen. Es ist übergreifender Konsens, dass Schulen einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung und das Wohlergehen unserer Kinder und Jugendlichen haben. Sie sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch der sozialen Interaktion und persönlichen

Entwicklung. Daher ist es von großer Bedeutung, dass Schulen sichere und förderliche Umgebungen bieten, frei von vermeidbaren Gefahren, die das Wohlbefinden und die Entwicklung der Schüler*innen gefährden könnten. Die Schäden, die durch den Konsum von Betäubungsmitteln wie Cannabis bei jungen Menschen entstehen können, sind gut dokumentiert und alarmierend. Es ist wissenschaftlich belegt, dass der Konsum von Cannabis die Gehirnentwicklung stört, zu kognitiven Beeinträchtigungen führen kann und das Risiko für psychische Erkrankungen erhöht. Angesichts dieser Fakten ist es unverantwortlich, Schulen der Möglichkeit zu berauben, klare und durchsetzbare Verbote für den Besitz von Cannabis auszusprechen. Wir unterstützen präventive Maßnahmen zur Drogenprävention in Schulen, jedoch müssen diese durch konkrete und verbindliche Regelungen gestützt werden. Es ist nicht ausreichend, lediglich darauf zu vertrauen, dass Schulen „präventiv agieren“, ohne ihnen die rechtlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese Prävention auch effektiv umzusetzen. In Anbetracht des alarmierenden Anstiegs des Drogenmissbrauchs unter Jugendlichen ist es dringend erforderlich, dass die Landespolitik handelt und die rechtlichen Rahmenbedingungen anpasst, um den Schulen die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine suchtmittelfreie Umgebung zu gewährleisten.

Der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen vor den Gefahren des Drogenmissbrauchs genießt Priorität. Als LEiS-NRW e.V. fordern wir daher entschieden eine Überarbeitung der Gesetzeslage, um den Schulen die Unterstützung und den rechtlichen Handlungsspielraum zu geben, die sie benötigen, um diesem wichtigen Auftrag gerecht zu werden.

Alltagshelfer*innen

Die Landeselternschaft der integrierten Schulen in Nordrhein-Westfalen (LEiS-NRW e.V.) unterstützt nachdrücklich die Forderung der GGG NRW nach einem Einsatz von Alltagshelfer*innen auch an integrierten Schulen der Sekundarstufe I. Wir begrüßen die grundsätzliche Ausweitung des Einsatzes von Alltagshelfer*innen in den Jahrgängen 5 und 6. Jedoch ist die Entscheidung, diese Maßnahme ausschließlich auf Haupt- und Realschulen zu beschränken, auch für uns nicht nachvollziehbar und benachteiligt Schüler*innen an integrierten Schulen. Integrierte Schulformen, wie Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen, bieten eine ebenso wichtige und wertvolle Bildung für unsere Kinder und haben einen ebenso hohen Bedarf an Unterstützung. Wir verstehen natürlich, dass der Einsatz von Alltagshelfer*innen eine finanzielle Herausforderung darstellt und eine Begrenzung der Einsatzschulen notwendig ist. Jedoch sollte diese Begrenzung auf der tatsächlichen Bedarfssituation der einzelnen Schulen basieren und nicht auf einer pauschalen Unterscheidung nach Schulformen. Die LEiS-NRW e.V. fordert daher das Ministerium auf, die Entscheidung zu überdenken und die Alltagshelfer*innen auch an integrierten Schulen einzusetzen. Eine solche Maßnahme würde sicherstellen, dass alle Schüler*innen, unabhängig von der besuchten Schulform, von dieser wichtigen Unterstützung profitieren können. Weiteres dazu unter:

<https://www.leis-nrw.de/aktuelles/presse-und-aktuelles/details/pressemitteilung-zur-pressemitteilung-der-ggg-zum-thema-alltagshelferinnen.html>

Gutachten zur steigenden Anzahl der Schüler*innen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung

Die Ergebnisse des Gutachtens ([Gutachten Langfassung](#)) sind ein Weckruf für alle Beteiligten. Es ist an der Zeit, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass alle Schüler*innen in NRW die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten. Folgende Konsequenzen und Maßnahmen sind dringend erforderlich:

- Eine umfassende Überprüfung der bestehenden Verfahren und deren Reform hin zu einem standardisierten und effizienten System ist notwendig.
- Die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel und personeller Ressourcen muss oberste Priorität haben, um die Schulen bei der Umsetzung inklusiver Bildungsangebote zu unterstützen.
- Der Fokus muss verstärkt auf präventive Maßnahmen gelegt werden, um frühzeitig Bildungsbarrieren abzubauen und den individuellen Förderbedarf zu reduzieren.
- Die politisch Verantwortlichen müssen sich ihrer Verpflichtung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bewusstwerden und konkrete Maßnahmen zur Förderung der Inklusion ergreifen.

Mehr dazu: <https://lek-nrw.de/?p=2277>

„Rund um Schulmitwirkung“ – Online-Veranstaltung für Eltern mit Vertreterinnen und Vertretern der Elternverbände in NRW

Ihr habt euch schon immer gefragt, wie und wo ihr euch an der Schule eures Kindes stärker einbringen könnt? Oder ihr denkt darüber nach, ein Amt in der Pflegschaft der Schule eures Kindes zu übernehmen? Ihr fragt euch, welche Aufgaben man mit so einem Amt übernimmt oder welche Gestaltungsspielräume ihr als Gremiumsmitglieder habt? Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um sich zu informieren und mit anderen ins Gespräch zu kommen. Denn in den Schulen in NRW werden zu Beginn eines jeden neuen Schuljahres gewählt: die Vorsitzenden der Mitwirkungsgremien und ihre Stellvertretungen sowie die Mitglieder der Schulkonferenz. Die Supportstelle Weiterbildung der [QUA-LiS NRW](#) bietet im Rahmen des Projektes "[ElternMitWirkung NRW](#)", in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Elternverbände in NRW, eine Online-Informationsveranstaltung an zwei unterschiedlichen Terminen für interessierte Eltern und Erziehungsberechtigte an, die sich über die Arbeit in Gremien informieren möchten. Diese Veranstaltung liefert grundlegende Basisinformationen rund um die Gremienarbeit auf der Grundlage des Internetportals „ElternMitWirkung NRW“. Ihr habt außerdem die Möglichkeit, erfahrenen Elternvertreterinnen und –vertretern der Verbände Eure Fragen zu stellen. Die Veranstaltung ist kostenlos. Der Einwahl-Link (Webex) zur Veranstaltung wird kurz vor der Veranstaltung zugeschickt.

Anmeldezeitraum: 03.07.2024 bis 25.08.2025

Termine: **27.08.2024** und **02.09.2024** jeweils 18.00 bis 19.30 Uhr

Veranstaltungsübersicht: <https://www.qua-lis.nrw.de/veranstaltungen-qualis>

Termin 27.08.2024: <https://beteiligung.nrw.de/portal/qua-lis/beteiligung/themen/1007879>

Termin 02.09.2024: <https://beteiligung.nrw.de/portal/qua-lis/beteiligung/themen/1007859>

Zeugnistelefon

Bei Sorgen und Nöten rund ums Zeugnis schalten die fünf NRW-Bezirksregierungen auch in diesem Jahr wieder das Zeugnistelefon. Hier gibt unterschiedliche Hilfestellungen bei Fragen zu Noten und zur Schullaufbahn. Aber auch bei Nachfragen zur Versetzung kann man sich an die Schulaufsicht wenden. Auf der Übersichtsseite des Ministeriums für Schule und Bildung in NRW sind neben den Telefonnummern und Sprechzeiten der Bezirksregierungen auch weitere Hilfsangebote aufgeführt.

Mehr dazu: <https://www.schulministerium.nrw/zeugnistelefone-beratungsangebote>

Termine

Nächster LEiS-Stammtisch:

03.07.2024 um 20.00 Uhr

Außerhalb der Ferien alle 14 Tage, immer mittwochs in den ungeraden Wochen
ab 20.00 Uhr, begrüßt euch Jasmin de Vries zum Zoom-Meeting.

Telefonsprechstunde:

Nach wie vor steht euch unsere beliebte Telefonsprechstunde zur Verfügung. Jeden
Mittwoch von 16.30 bis 19.30 Uhr beantworten wir gerne eure Fragen oder unterhalten uns
einfach über Belange rund um Schule und Bildung.

Rufnummer: 0231 / 586 947 03

LEiS-NRW e. V.

Geschäftsstelle Dortmund

Huckarder Straße 12

44147 Dortmund

Tel.: 0231 / 586 9747 03

E-Mail: info@leis-nrw.de

Web: www.leis-nrw.de